



## Verkehrsausschuß

17. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*

19. September 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.45 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitz: Manfred Hemmer (SPD)

Stenographin: Zinner

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/1200

Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
Bereich Stadtverkehr

Vorlagen 12/826, 12/834

1

Ministerin Brusis stellt die Eckpunkte des Einzelplans 15 - Bereich Stadtverkehr - dar. Die Aussprache soll auf der Grundlage der schriftlichen Einführungsrede (Vorlage 12/834) in der nächsten Sitzung erfolgen.

Die Personalitel des Einzelplans 15 - Bereich Stadtverkehr - werden an den Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses überwiesen.

\* öffentlicher Teil Ausschußprotokoll 12/336.

**2     **Infrastruktur erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze sichern und schaffen  
Private Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-  
Westfalen für Investitionen und Arbeitsplätze nutzen!****

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1187

3

Der Ausschuß kommt überein, den Antrag in der Sitzung am 28. November 1996 zu behandeln.

Auf Bitte des Günter Langen (CDU) sagt StS Westermann zu, den Ausschuß über Infrastrukturprojekte auf Bundes- und Landesebene, die privat finanziert werden, zu informieren.

**3     **Verkehrliche Anbindungen zwischen den Beneluxstaaten und Nordrhein-  
Westfalen****

4

StS Westermann erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion mit ihm und LMR Busch (MWMTV) an.

**4     **Güterumschlag am Standort Wuppertal-Vohwinkel****

8

LMR Busch (MWMTV) erstattet einen Sachstandsbericht und beantwortet Fragen des Günter Langen (CDU).

**5     **Stand der Umsetzung des Erlasses betreffend Sonderparkerlaubnis für  
Handwerksbetriebe****

9

StS Westermann erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion mit ihm und MD Dr. vom Rath (MWMTV) an.

**6 Stand der Anmeldungen zum Landesstraßenbedarfsplan 12**

StS Westermann erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion an.

**7 Ausnahmegenehmigungen zur Durchführung von Transporten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen im Verkehr nach Berlin und in die neuen Länder**

Vorlage 12/695  
Ausschußprotokoll 12/52

14

Kurze Diskussion.

**8 Terminplanung des Ausschusses für 1997 -**

Ohne Diskussion beschließt der Ausschuß den Terminplan (Anlage).

**9 Verschiedenes -**

Der Ausschuß beschließt, die letzte Sitzung des Jahres 1996 am 5. Dezember auf dem Flughafen Köln/Bonn abzuhalten.

**Nächste Sitzung:** 31. Oktober 1996

\* \* \*



### Aus der Diskussion

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/1200

Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
Bereich Stadtverkehr

Vorlagen 12/826, 12/834

**Günter Langen (CDU)** bittet Frau Ministerin Brusis, im Hinblick darauf, daß für die laufende Sitzung keine Aussprache vorgesehen sei und der Ausschuß die Einführungsrede schriftlich erhalte, nur die Eckpunkte des Stadtverkehrshaushalts vorzustellen. Für die Aussprache werde die schriftliche Fassung der Rede (Vorlage 12/834) zugrunde gelegt.

**Gisela Nacken (GRÜNE)** stellt fest: Nachdem die CDU-Fraktion die Diskussion über ihren Antrag in der vorangegangenen öffentlichen Sitzung ausgereizt habe und die Hälfte ihrer Ausschußmitglieder den Saal verlassen habe, um Pressearbeit zu machen, solle der Ministerin, die während der ganzen öffentlichen Sitzung anwesend gewesen sei, nur kurz das Wort erteilt werden.

**Peter Eichenseher (GRÜNE)** fügt hinzu: Und wäre die Ministerin nicht anwesend, würde von der CDU-Fraktion verlangt, daß sie in den Ausschuß zitiert werde, und die Ministerin würde dafür kritisiert, daß sie ihr nicht die Ehre erweise.

**Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport Ilse Brusis** erklärt, die Ministerin sei dazu bereit, sowohl persönlich in den Haushalt einzuführen als auch die Einführung kurz zu machen.

Die wesentlichste Veränderung im Bereich Stadtverkehr des Einzelplans 15 habe sie bereits bei der Einführung zum Haushalt 1996 dargestellt: der Rückgang der Bundesfinanzhilfen, der im Haushalt 1997 zum ersten Mal zu verzeichnen sei. Für den kommunalen Straßenbau stünden nicht mehr 380 Millionen DM Bundesfinanzhilfen wie bisher zur Verfügung, sondern nur noch 285,3 Millionen DM. Das Land werde diesen Betrag um 30,6 Millionen DM aufstocken. Zusätzlich stünden 31,5 Millionen DM zur Förderung des kommunalen Radwegebaus außerhalb des Netzes der Hauptverkehrsstraßen und für die Lärmsanierung zur Verfügung. Das seien insgesamt 347,4 Millionen DM.

Zum Programmpunkt "100 Fahrradstationen" des Aktionsprogramms zur Beschleunigung und Attraktivitätssteigerung des straßenbezogenen ÖPNV hätten inzwischen die Städte Düsseldorf, Oberhausen und Mülheim Antrag auf Förderung gestellt. Die drei Anträge seien nachträglich in das Stadtverkehrsprogramm 1996 aufgenommen worden. Mittlerweile lägen 15 weitere Anfragen vor. Das Ministerium habe beim ADFC Nordrhein-Westfalen eine Entwicklungsagentur zur Koordinierung der Anträge und Beratung der Kommunen eingerichtet. Der Fördererlaß für die Fahrradstationen werde den Bewilligungsbehörden in Kürze zugehen.

In mehreren Gesprächen habe das Ministerium ferner eine Rahmenvereinbarung zwischen der Deutschen Bahn AG und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Einrichtung von Fahrradstationen abgestimmt; sie werde in Kürze unterzeichnet. Gegenwärtig lägen Anträge der Kommunen zu diesem Programm mit einem Fördervolumen von 68 Millionen DM vor. Damit würden die für 1997 bereitstehenden Mittel ausgeschöpft.

Zum Programm zur Erhöhung der Sicherheit und Qualität des kommunalen Rad- und Fußgängerverkehrs seien bisher Vorhaben mit einem Fördervolumen von 45 Millionen DM gemeldet worden. Was den Zuwendungsbedarf aus dem reinen Landesprogramm betreffe, könne noch nicht gesagt werden, mit wie vielen Anträgen gerechnet werden müsse, denn vorbereitet würden die Anträge von den Landschaftsverbänden. Diese nähmen die Förderwünsche der Kommunen bis Ende Oktober entgegen und leiteten sie zur Programmaufnahme für das Jahr 1997 an das Ministerium weiter. Vermutlich werde der im Haushalt angesetzte Betrag von 29,5 Millionen DM erreicht, wahrscheinlich werde die Zahl der Anträge diesen übersteigen.

Das für das Programm zur Förderung des kommunalen Straßenbaus vorgesehene Fördervolumen liege bei 172 Millionen DM. Da die Baulasträger bisher einen Zuwendungsbedarf von 270 Millionen DM angemeldet hätten, müsse unter den Projekten ausgewählt werden, einige müßten in die Folgejahre verschoben werden.

Für das Programm zur Lärmsanierung an kommunalen Hauptverkehrsstraßen würden wie im Vorjahr 2 Millionen DM bereitgestellt. Die Lärmsanierung diene im wesentlichen dazu, das Wohnen an den Hauptverkehrsstraßen von Städten erträglicher zu machen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stadtverkehrspolitik sei die attraktivere Gestaltung der Bahnhöfe und ihres Umfeldes. Mit der Deutschen Bahn AG würden zur Zeit Gespräche geführt mit dem Ziel, eine Vereinbarung über die Entwicklung von Bahnhöfen und ihrem Umfeld abzuschließen. Falls es im kommenden Jahr hier zu konkreten Maßnahmen komme, werde das Ministerium versuchen, wie in diesem Jahr mit den Fahrradstationen kurzfristig und flexibel Mittel zur Verfügung zu stellen.

Für das Programm Stadtlogistik, über das der Ausschuß ausführlich schon informiert worden sei, würden fünf Jahre lang jährlich 10 Millionen DM bereitgestellt - so auch 1997. Voraussichtlich Ende 1997 könnten die Ergebnisse der Modellprojekte zumindest in einer Zwischenpräsentation vorgestellt und erste Konsequenzen gezogen werden.

**Günter Langen (CDU)** weist im Hinblick auf die Äußerung der Ministerin, daß die Bundesfinanzhilfen gekürzt worden seien, darauf hin, daß die Regionalisierungsmittel aufgestockt

worden seien. Er bittet die Vertreter des Stadtentwicklungs- und des Verkehrsministeriums, dem Ausschuß eine Übersicht über die Höhe der GVFG-Mittel in den letzten fünf Jahren, aufgeschlüsselt nach Bundes- und Landesanteil, zukommen zu lassen, und fragt Ministerin Brusis, wie sich die Haushaltssperre auf den laufenden Haushalt ausgewirkt habe.

**Ministerin Ilse Brusis** sagt die gewünschte Übersicht zu und antwortet auf die Frage nach der Haushaltssperre, diese wirke sich auf die Förderung des kommunalen Straßenbaus nicht aus, denn das Ministerium habe die Freigabe der Komplementärmittel beim Finanzminister durchsetzen können.

**2 Infrastruktur erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze sichern und schaffen  
Private Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen für Investitionen und Arbeitsplätze nutzen!**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1187

**Vorsitzender Manfred Hemmer** schlägt vor, den Antrag in der Sitzung am 28. November 1996 zu behandeln, damit die mitberatenden Ausschüsse für Kommunalpolitik, Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie Haushalt und Finanzen genügend Gelegenheit zur Stellungnahme hätten.

**Günter Langen (CDU)** erklärt sich damit einverstanden. - Er berichtet von einem Schreiben eines Ingenieurbüros an seine Fraktion, in dem Projekte in Deutschland, die privat finanziert würden, vorgestellt würden und die Bitte geäußert worden sei, Informationen im Landtag zu geben. Die CDU-Fraktion beabsichtige, die Ingenieure zu einer Arbeitskreissitzung einzuladen. Er rege an, sie auch im Ausschuß anzuhören.

Er fragt das Ministerium, ob der Landesregierung allgemein Infrastrukturprojekte auf Bundes- und Landesebene bekannt seien, die privat finanziert würden, und, wenn ja, ob eine Übertragung auf Nordrhein-Westfalen denkbar sei. Er nenne beispielsweise den Flughafen Berlin-Schönefeld.

**Vorsitzender Manfred Hemmer** schlägt vor, sich mit dem Schreiben zunächst im Kreis der Fraktionssprecher zu befassen.

**Staatssekretär Westermann** antwortet, Investorenmodelle oder private Finanzierung seien der Landesregierung aus dem Bereich des staatlichen Bauens bekannt. Bei einer Maßnahme im Land habe man sich für die private Vorfinanzierung entschieden: bei der A 44. Bundes-



- 1. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So	
Januar			1	2	3	4	5	) Weihnachtspause
	6)	7	8	9	10	11	12	) - " -
	13	14	15	16	17	18	19	) Sitzungswoche
	20	21	22	23	24	25	26	) - " -
Februar	27	28	29	30	31	1	2	) - " -
	3	4	5	6	7	8	9	) sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	) - " -
	17	18	19	20	21	22	23	) Sitzungswoche
März	24	25	26	27	28	1	2	) - " -
	3	4	5	6	7	8	9	) - " -
	10	11	12	13	14	15	16	) - " -
	17	18	19	20	21	22	23	) - " -
	(24	25	26	27	28	29	30	) Osterpause
April	31	1	2	3	4	5	6	) vom 24.03.1997
	7	8	9	10	11	12)	13	) bis 13.04.1997
	14	15	16	17	18	19	20	) Sitzungswoche
	21	22	23	24	25	26	27	) - " -
Mai	28	29	30	1	2	3	4	) - " -
	5	6	7	8	9	10	11	) - " -
	12	13	14	15	16	17	18	) - " -
	19	(20)	21	22	23	24	25	) sitzungsfrei
Juni	26	27	28	29	30	31	1	) - " -
	2	3	4	5	6	7	8	) Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	) - " -
	16	17	18	19	20	21	22	) - " -
	23	24	25	26	27	28	29	) sitzungsfrei
Juli	30	1	2	3	4	5	6	) - " -

( ) = Schulferien

□ = Plenarsitzungstage

— = Bundesrat

0 = VA

- 2. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So	
Juli	7	8	9	10	11	12	13	) sitzungsfrei
	14	15	16	17	18	19	20	) - " -
	21	22	23	24	25	26	27	) Sommerpause
August	28	29	30	31	1	2	3	) vom 23.06.1997
	4	5	6	7	8	9	10	) bis 24.08.1997
	11	12	13	14	15	16	17	) - " -
	18	19	20	21	22	23	24	) - " -
	25	26	27	28	29	30	31	) Sitzungswoche
September	1	2	3	4	5	6	7	) 1. Lsg. Einbr. HG 98
	8	9	10	11	12	13	14	) 1. Lsg. Berat. HG 98
	15	16	17	18	19	20	21	) Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	) - " -
Oktober	29	30	1	2	3	4	5	) - " -
	6	7	8	9	10	11	12	) - " -
	(13	14	15	16	17	18	19	) sitzungsfrei
	20	21	22	23	24	25	26	) Sitzungswoche
November	27	28	29	30	31	1	2	) - " -
	3	4	5	6	7	8	9	) - " -
	10	11	12	13	14	15	16	) - " -
	17	18	19	20	21	22	23	) - " -
	24	25	26	27	28	29	30	) - " -
Dezember	1	2	3	4	5	6	7	) - " -
	8	9	10	11	12	13	14	) 2. Lsg. HG 98
	15	16	17	18	19	20	21	) 3. Lsg. HG 98
	22	(23	24	25	26	27	28	) Weihnachtspause
	29	30	31					) v. 22.12.97 - 06.01.98

( ) = Schulferien

□ = Plenarsitzungstage

— = Bundesrat

○ = VA